

Gemeinden prüfen Pässe zu wenig genau

Migration Mit falschen Papieren aus einem EU-Staat verschafft sich ein Türke ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz. Dieses Muster ist verbreitet. Im Kampf gegen unechte Pässe ruft der Verband der Einwohnerdienste die Gemeinden zu mehr Engagement auf.

Kari Kälin

Der gefälschte italienische Pass kostete den Türken 5000 Euro. Dank des Dokuments stellte er sich den Schweizer Behörden als EU-Bürger vor – und erhielt im März 2014 eine Aufenthaltsbewilligung. Später fand die Polizei aufgrund anonymer Hinweise heraus, dass der Mann gefälschte Papiere präsentiert hatte. Das Neuenburger Migrationsamt annullierte ihm deshalb die Aufenthaltsbewilligung. Das Bundesgericht stützte den Entscheid, wie aus einem vor wenigen Tagen publizierten Urteil hervorgeht. Der Türke, der als Küchenhilfe arbeitete, muss die Schweiz verlassen.

Für Nicht-EU-Bürger sind die Hürden für ein Aufenthaltsrecht hoch. Nicht selten versuchen sie deshalb, sich mit falschen EU-Pässen ein Aufenthaltsrecht zu erschwindeln. Allein die Stadt Bern stellt jährlich rund 50 Dokumente und Ausweispapiere mit Fälschungsmerkmalen fest. Meistens handle es sich bei Gesuchstellern mit falschen Pässen um Kosovaren, Albaner, Serben, Türken, Russen, Chinesen und Brasilianer, sagt Alexander Ott. Er ist Polizeiinspektor sowie Vorsteher der Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei der Stadt Bern.

Zentrale Rolle der Einwohnerdienste

Seit vier Jahren setzt Bern Passlesegeräte ein, die Fälschungen zuverlässig aufdecken. «Die Zahl der Verdachtsfälle hat sich seither vervierfacht», sagt Ott. Allerdings verfügen bloss wenige Schweizer Gemeinden über ein Lesegerät, das 23 000 Franken kostet. Und anders als die kantonalen Migrationsbehörden seien die Einwohnerdienste, so Ott, oft nicht genug auf die Missbrauchsproblematik sensibilisiert.

Matthias Beutenmüller ist Chef der Einwohnerdienste der Stadt Solothurn und sitzt im Vorstand des Verbandes der Schwei-



Ein Ausländerausweis B wird auf dem Gemeindegaschalter ausgehändigt.

Bild: Christian Beutler/Keystone (Glattfelden, 22. Januar 2015)

zerischen Einwohnerdienste (VSED). Er teilt Otts Einschätzung. In der aktuellen Ausgabe der «Schweizer Gemeinde», dem Informationsorgan des Schweizerischen Gemeindeverbandes, schreibt er: «Ausländische Reisedokumente, die als Grundlage für die Erfassung und damit die Anmeldung bei der Gemeinde dienen, werden bis heute nur selten einer eingehenden Echtheitsprüfung unterzogen.»

Die Einwohnerdienste nehmen bei der Identitätskontrolle eine zentrale Rolle ein. Sie sind die erste Behörde, der Gesuchsteller einen Reisepass vorzeigen

müssen, wenn sie sich bei der Gemeinde anmelden. Die kantonalen Migrationsämter entscheiden dann über die Aufenthaltsbewilligung. An sie schicken die Einwohnerdienste jedoch nur Kopien der Pässe. Mit anderen Worten: Wenn die Einwohnerdienste gefälschte EU/EFTA-Pässe nicht entdecken, stehen die Chancen für den Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung gut. Am häufigsten geben sich Personen aus Drittstaaten mit unechten Pässen als Italiener, Slowenen, Griechen, Franzosen und Bulgaren aus.

Der VSED sagt den Passfälschern den Kampf an. «Wir müs-

sen etwas tun, damit nicht Personen aufgrund falscher Dokumente eine Aufenthaltsbewilligung erhalten», sagt Beutenmüller. Der VSED hat seinen rund 840 Mitgliedsgemeinden in einem Schreiben empfohlen, die ausländischen Papiere sowohl bei Neuanmeldungen als auch bei Verlängerungen der Aufenthaltsbewilligungen konsequent zu kontrollieren. «Mit einer schweizweit flächendeckenden strukturierten Überprüfung wird der Bewegungsspielraum von Personen, die mit gefälschten Reisedokumenten versuchen, eine Registrierung zu erschlei-

chen, erheblich eingeengt», heisst es in der Empfehlung. Und solche Massnahmen entfalten eine präventive Wirkung.

Weiterbildung zum Erkennen von Fälschungen

Für Beutenmüller ist zudem klar: Alle Städte sollten wie Bern über ein Passlesegerät verfügen. Er appelliert an die Politik, die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Damit lasse sich etwa verhindern, dass Personen, die unrechtmässig eine Aufenthaltsbewilligung ergattert haben, später von staatlichen Sozialleistungen profitieren. Im

Rahmen des Projekts «Integrierte Grenzverwaltung», an dem Bund, Kantone und Gemeinden beteiligt sind, hat die Stadt Bern seit 2016 bei diversen Gemeinden und Kantonen halbtägige Schulungen durchgeführt. Ott und sein Team zeigen dabei auf, wie man Originale von Fälschungen unterscheidet, auf welche Merkmale es besonders zu achten gilt, wie man zum Beispiel mit Hilfe von UV-Licht falsche Dokumente erkennt. Hilfe bietet die Datenbank IdenTT, die Echtheitsmerkmale von Identitätsdokumenten von mehr als 200 Ländern enthält.

Das Programm des privaten Anbieters kostet pro Lizenz jährlich 120 Franken. Laut Beutenmüller haben IdenTT aber bis jetzt bloss rund drei Dutzend der VSED-Mitglieder beschafft. Grundsätzlich besteht für sämtliche Gemeinden die Möglichkeit, auf der Applikation «Arkila» des Bundes einen Echtheitscheck zu machen. «Arkila und IdenTT ergänzen sich gut», sagt Alexander Ott.

Vernetzung als Erfolgsrezept

Wichtig sei es aber vor allem, die Einwohnerdienste für die Problematik zu sensibilisieren. «Wer sich für das Thema interessiert, schaut genauer hin», sagt Ott. Das vernetzte Zusammenspiel von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gelte als Erfolgsrezept gegen die irreguläre Migration. Dies sei wichtig, denn: «Wer sich mit falschen oder ihm nicht zustehenden Identitätspapieren ausweist, will den Staat und die Gesellschaft schädigen oder plant kriminelle Handlungen.» Mit unechten Identitätspapieren sind die Schweizer Behörden täglich konfrontiert. Im letzten Jahr zählte das Bundesamt für Polizei (Fedpol) 793 Passfälschungen. In 256 Fällen verwendeten Personen zwar echte Pässe, doch waren sie auf jemanden anders ausgestellt.

Widerstand gegen Parmelins Kampfjet-Paket wächst

Armee Sicherheitspolitiker aus CVP und FDP wollen das vom Bundesrat geschnürte Paket aus Kampfjets und Flugabwehrraketen auftrennen. Das Volk soll nur über den Kauf der Flugzeuge abstimmen können. Die CVP bringt dabei einen neuen Vorschlag ins Spiel.

Es ist seine grösste Herausforderung: Verteidigungsminister Guy Parmelin will das Stimmvolk überzeugen, dem Kauf neuer Kampfjets zuzustimmen. Nach dem Debakel um die gescheiterte Gripen-Beschaffung setzt er dabei auf eine andere Strategie als sein Vorgänger. Statt das Volk über Anzahl und Typ der Kampfjets abstimmen zu lassen, soll es ein Votum zur Luftverteidigung an sich werden: Für maximal acht Milliarden Franken will der Bundesrat Kampfjets und Boden-Luft-Raketen kaufen.

Doch dieses «Päckli» dürfte im Parlament einen schweren Stand haben. Politiker aus der CVP und der FDP hegen Zweifel an Parmelins Strategie. Sie wollen das Paket daher aufspalten: Nur die Kampfjets sollen vor Volk kommen, nicht aber die Raketen und Radars. Für diese Variante spricht sich nun das CVP-

Parteipräsidium aus. «Wer Kampfjets will, muss eine Vorlage machen, die grösstmögliche Chancen hat, vom Volk angenommen zu werden», begründet Präsident Gerhard Pfister. «Das ist nur dann möglich, wenn man das Paket nicht überlädt.»

Alles oder nichts

Der Uner CVP-Sicherheitspolitiker Isidor Baumann warnt vor der Paketlösung: «Lehnt das Volk diese ab, haben wir bald gar keine Luftverteidigung mehr.» Auch FDP-Ständerat Joachim Eder (ZG) spricht von einer Hochrisikostategie und sagt: «Es muss diskutiert werden, ob man die Boden-Luft-Raketen aus dem Paket herausnimmt.» Die Raketen könnten stattdessen über den ordentlichen Rüstungskredit beschafft werden – ohne Volksabstimmung. Das sei richtig, findet

Baumann: Dieser Entscheid liege in der Kompetenz – und auch in der Verantwortung – des Parlaments. Lasse man das Volk über die Raketen abstimmen, könnte das ein Präjudiz für weitere Rüstungsprojekte sein, befürchtet der CVP-Ständerat.

Bei den Kampfjetflugzeugen soll hingegen das Stimmvolk das letzte Wort haben. Das sei zwingend, betonen Eder und Baumann, da auch über die letzten Jet-Beschaffungen jeweils abgestimmt worden sei. Die Aufspaltung von Parmelins Paket brächte bei einer Abstimmung auch den Vorteil, dass das Preisschild besser aussehen würde.

Offen ist, in welcher Form der Kampfjet-Kauf beschlossen werden soll. Entweder verabschiedet das Parlament einen Planungsbeschluss. Die zweite Variante wäre für die CVP eine Änderung des Militärgesetzes: Der Auftrag der

«Lehnt das Volk die Paketlösung ab, haben wir bald gar keine Luftverteidigung mehr.»



Isidor Baumann
Ständerat (CVP/UR)

Armee zur Luftverteidigung würde präzisiert und eventuell eine Minimal- und Maximalzahl an Jets festgelegt. «Das würde eine etappierte oder ergänzende Beschaffung ermöglichen», sagt Baumann. In beiden Fällen wäre ein Referendum möglich.

Vorteil für Lenkflächenhersteller?

Ob die Aufspaltung im Parlament Erfolg hat, ist indes fraglich. Von der traditionell armeekritischen Linken dürften die Pläne kaum Unterstützung erhalten. Und die SVP plädiert für die Strategie des Bundesrats, wie der Berner SVP-Nationalrat Adrian Amstutz sagt. Er wirft jenen, die das Paket in Frage stellen, vor, sie seien von Lobbyisten getrieben und wollten möglichst die Boden-Luft-Raketen rasch vorverkaufen. «Damit werden fälschlicherweise erneut Sachzwänge für die nachfolgen-

de Flugzeugbeschaffung betont», kritisiert er. Eder und Baumann weisen Amstutz' Vorwurf weit zurück. In Armeekreisen ist es indes ein offenes Geheimnis, dass eine Auftrennung vor allem von Lenkflächenherstellern favorisiert wird. Sie befürchten, dass bei einer Paketlösung weniger Geld für die Lenkflächen und Radars übrig bleiben könnte.

Die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager bringt Parmelin in eine ungemütliche Lage. CVP-Präsident Pfister betont, man sei erst in der Vernehmlassungsphase. «Wer die Vorlage dann am Ende zusammen mit den Linken abstürzen lassen will, übernimmt eine schwere Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz», mahnt er. Das könnten sich die bürgerlichen Parteien nicht leisten, so Pfister.

Maja Briner